

Allgemeine Vertragsbedingungen – AVB (großer Werkvertrag)

(Stand: 10.03.2025)

1. Ausführungsbedingungen

1.1 Angebotsausarbeitung

Die Angebotsbearbeitung (einschließlich Nachtragsangebote) erfolgt für den Auftraggeber unverbindlich und kostenfrei.

1.2 Regelungen für Einheits- und Pauschalfestpreis

Vereinbarte Einheitspreise / Pauschalfestpreise verstehen sich für die funktional vollständige, fertige Leistung nach diesem Vertrag einschließlich insbesondere aller Nebenleistungen im Sinne der VOB/C sowie der erforderlichen Bau- und Betriebsstoffe, Gerätemieten, Vorhaltekosten, Wegegelder, Auslösung, Lohnnebenkosten, Überstunden- und Leistungszuschlägen und Gebühren, Kosten für Materialprüfverfahren und die verantwortliche Fachbauleitung.

1.3 Bauseitige Stoffe

Bei bauseits gelieferten Baustoffen, die nach dem Vertrag in den Leistungsumfang des Auftragnehmers fallen würden, erklärt sich der Auftragnehmer mit dem Ansatz hierauf kalkulierten Wagnisses und Gewinns bei den anzurechnenden ersparten Aufwendungen einverstanden.

1.4 Muster, Prüfzeugnisse etc.

Auf Anforderung des Auftraggebers sind ihm Muster, Proben, Modelle (auch mock-ups), Prospekte, Prüfzeugnisse etc. vor der Ausführung der Leistungen kostenlos zu übergeben.

1.5 Unzutreffende Vertragsunterlagen; wirtschaftlichere Ausführung

Sofern nach Ansicht des Auftragnehmers oder nach den jeweiligen technischen Bestimmungen für die ordnungsgemäße Herstellung und/oder den Betrieb Leistungsänderungen, -mehrungen oder -minderungen oder zusätzliche Leistungen erforderlich sind, oder sofern er der Auffassung ist, eine wirtschaftlichere Lösung als in den Vertragsunterlagen enthalten anbieten zu können, so wird der Auftragnehmer entsprechende Änderungsvorschläge unverzüglich, klar und übersichtlich unterbreiten und schriftlich unter Angabe der sich hieraus ergebenden Mehr- / Minderkosten und sonstigen Auswirkungen auf Qualität oder Bauzeit gesondert anbieten.

1.6 Alternativangebote u.a.

Sind in den Vertragsunterlagen Alternativen / Varianten / Optionen / Abrufleistungen vorgesehen, so ist der Auftragnehmer verpflichtet auch für diese Preise anzugeben bzw. versichert der Auftragnehmer, auch für diese Preise angeben zu haben.

1.7 Gleichwertigkeit

Der Auftraggeber kann nach billigem Ermessen darüber entscheiden, ob er eine vom Auftragnehmer alternativ angebotene Ausführung als gleichwertig betrachtet.

1.8 Nachträge, Zusatzaufträge und Wartungsverträge

Für Nachträge und Zusatzaufträge gelten, soweit im Einzelfall nicht ausdrücklich etwas Abweichendes vereinbart ist, die gleichen Bedingungen (einschließlich etwaig vereinbarter Rabatte, Nachlässe und Skonti) wie für den Hauptvertrag.

Soweit der Auftragnehmer Leistungen erbringt, die wartungsabhängig sind, ist er verpflichtet, dem Auftraggeber zur Abnahme wirtschaftlich, marktgerechte Wartungsangebote vorzulegen. Eine Abschlussverpflichtung besteht für den Auftraggeber nicht.

1.9 Selbstauskunft

Auf Anforderung des Auftraggebers hat der Auftragnehmer eine aussagefähige Selbstauskunft über seine wirtschaftlichen und gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse zu erteilen. Der Auftragnehmer hat dafür ein gesondertes Formblatt des Auftraggebers auszufüllen, zu unterfertigen und fristgemäß an den Auftraggeber zurückzuleiten.

Allgemeine Vertragsbedingungen – AVB (großer Werkvertrag)

(Stand: 10.03.2025)

2. Ausführungsunterlagen

2.1 Lieferung durch Auftraggeber

Der Auftragnehmer erhält erforderliche Pläne in zweifacher Papier-Ausfertigung im jeweils üblichen Maßstab und / oder auf gängigem Datenträger (CD-Rom; DVD; USB-Stick o.ä.). Sofern vertraglich vereinbart erhält der Auftragnehmer die Pläne über einen internetbasierten, virtuellen Projektraum.

Darüber hinaus benötigte Kopien werden dem Auftragnehmer auf seine Kosten zur Verfügung gestellt.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, diese Pläne rechtzeitig beim Auftraggeber anzufordern und den Erhalt zu bestätigen. Gleiches gilt für Planänderungen.

Nur Planunterlagen mit dem Genehmigungsvermerk des Architekten oder des zuständigen Fachingenieurs jeweils mit Freigabevermerk des Architekten/Fachingenieurs oder des Auftraggebers selbst sind zur Ausführung zugelassen. Zweifel hinsichtlich der Ausführungsfreigabe oder auch der Aktualität von Plänen hat der Auftragnehmer unverzüglich und so rechtzeitig mit dem Auftraggeber zu klären, dass eine Verzögerung der Leistungen und eine etwaige planwidrige Ausführung ausgeschlossen sind.

Die Haftung des Auftragnehmers wird durch Freigaben von Plan- und sonstigen Unterlagen durch den Auftraggeber nicht beschränkt oder aufgehoben, vielmehr bleibt der Auftragnehmer für die Richtigkeit seiner Planung voll verantwortlich.

2.2 Lieferung vertragswesentlicher Ausführungsunterlagen durch Auftragnehmer

Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass erforderliche bzw. von ihm nach dem Vertrag zu erstellende / beschaffende wesentliche Ausführungsunterlagen wie bspw. Zeichnungen, Berechnungen, Nachprüfungen und Planunterlagen (z. B. Werkstattzeichnungen) rechtzeitig, unverzüglich nach Aufforderung durch den Auftraggeber und, auch ohne Aufforderung durch den Auftraggeber, mind. 12 Werktage vor Ausführung dem Auftraggeber vorliegen.

3. Ausführung

3.1 Maße

Der Auftragnehmer ist für die Maßnahme am Bau allein verantwortlich. Maße müssen vor Ausführung am Bau genommen werden. Maßunstimmigkeiten sind der Bauleitung vor Ausführung der Leistungen zu melden.

3.2 Auftragnehmervertreter

Sofern der Auftragnehmer, sein vertretungsberechtigter Projektleiter oder sein stellvertretender Projektleiter nicht ständig auf der Baustelle vor Ort ist, hat der Auftragnehmer der örtlichen Bauleitung des Auftraggebers schriftlich einen zur Erteilung von Anweisungen an seine Arbeitskräfte und zum Empfang von Weisungen und sonstigen Erklärungen des Auftraggebers (Aufforderungen, Fristsetzungen, sonstige einseitige rechtsgestaltende Erklärungen) befugten Vertreter zu benennen. Diesem gegenüber ist der örtliche Bauleiter des Auftraggebers berechtigt, im Rahmen der Bauaufsicht und Überwachung und Sicherung der vertragsgemäßen Leistung Anweisungen zu erteilen, Beanstandungen auszusprechen und mit ihm notwendige Aufmessungen von Leistungen durchzuführen; ausdrücklich nicht hiervon erfasst sind Mehrkosten auslösende Vereinbarungen / Anordnungen, die ausschließlich durch den Auftraggeber selbst erfolgen. Der vom Auftragnehmer benannte Vertreter darf ohne Einverständnis des Auftraggebers nicht ohne wichtigen Grund ausgetauscht werden. In jedem Fall ist dem Auftraggeber gleichzeitig eine andere, gleichermaßen bevollmächtigte und qualifizierte Person schriftlich zu benennen.

3.3 Festpunkte, Achsen, Meterrisse

Der Auftragnehmer ist, soweit für sein zu erbringendes Gewerk einschlägig, für die Beschaffung bzw. Kenntlichmachung und Unterhaltung der Einmessungen, Höhen- und Festpunkte, Achsen und Meterrisse verantwortlich.

3.4 Koordinierungsgespräche, bevollmächtigte Person

Der Auftragnehmer hat an den vom Auftraggeber bzw. von der Bauleitung angesetzten Koordinierungsgesprächen (Jour-fixe und außerplanmäßige, dringliche Besprechungen) teilzunehmen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, hierfür stets eine informierte und für den Auftragnehmer hinreichend bevollmächtigte Person zu entsenden. Die vom Auftragnehmer entsandte Person gilt gegenüber dem Auftraggeber als bevollmächtigt für den Empfang von jedweden rechtsgeschäftlichen Erklärungen von Seiten des Auftraggebers.

Allgemeine Vertragsbedingungen – AVB (großer Werkvertrag)

(Stand: 10.03.2025)

4. Anlieferung auf der Baustelle und Parken von Kraftfahrzeugen

- 4.1 Der Auftragnehmer hat die Anlieferung von Baustoffen, Materialien, Einbauteilen oder Zubehörteilen derart zu steuern, dass diese erst dann an die Baustelle geliefert werden, wenn sein Personal zum Empfang und zur sicheren Lagerung bzw. Aufbewahrung auf der Baustelle bereit ist. Dies gilt auch für Zulieferungen, die der Auftragnehmer von Dritten erhält. Vorzeitige Lieferungen und Teillieferungen sind nur nach vorheriger Vereinbarung zulässig. Der Auftragnehmer trägt die Gefahr für Verlust oder Beschädigung nach den gesetzlichen Vorschriften.
- 4.2 Das Parken von Fahrzeugen der vom Auftragnehmer eingesetzten Arbeitskräfte sowie der Fahrzeuge, die sich auf Veranlassung des Auftragnehmers auf dem Baugrundstück befinden, ist nur im Einvernehmen mit der örtlichen Bauleitung des Auftraggebers gestattet.
- 4.3 Will der Auftragnehmer Fahrzeuge auf öffentlichem Grund parken, muss er sich um die entsprechenden privat- oder öffentlich-rechtlichen Genehmigungen auf eigene Kosten kümmern.
- 4.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, auf Dritte (bspw. Mieter, Nachbarn) weitestgehend Rücksicht zu nehmen und Störungen sowie jedwede Belastungen (Schmutz, Abfall, Lärm, Erschütterungen, Geruch und sonstige Emissionen) auf das mögliche Mindestmaß zu beschränken.

5. Hilfsarbeiten in besonderen Fällen

Auf Verlangen der örtlichen Bauleitung des Auftraggebers muss der Auftragnehmer Arbeitskräfte für besondere, dringend und akut anfallende Hilfsarbeiten (z. B. Materialtransport auch für andere Gewerke) vorübergehend abstellen. Die Vergütung hierfür erfolgt nach den vereinbarten Stundensätzen.

6. Beseitigung von Abfällen und Bauschutt

Abfälle und Bauschutt dürfen den Bauablauf nicht beeinträchtigen. Der Auftragnehmer ist gemäß VOB/C DIN 18 299 unter Berücksichtigung der örtlichen Abfall- und Entsorgungssatzungen regelmäßig verpflichtet, den durch ihn verursachten Abfall und Bauschutt zu beseitigen. Sollte der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nachkommen, ist der Auftraggeber berechtigt, die erforderlichen Maßnahmen nach vorheriger Aufforderung zu Lasten des Auftragnehmers zu veranlassen. Weitergehende Schadenersatzansprüche bleiben unberührt.

7. Sicherheit auf der Baustelle

- 7.1 Die Erfüllung der bauordnungs- und sonst sicherheitsrechtlichen, ortspolizeilichen, gewerbeaufsichtlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften, sowie die Sicherung der eigenen Baustelle (des eigenen Betriebs) einschl. der gegebenenfalls notwendigen Sicherungen, Absperrungen, Absturzsicherungen (an Verbauvorderkanten, Schächten, Aussparungen, Baustellentreppenanlagen, etc., inkl. der jeweils erforderlichen Beleuchtung), Markierungen, Hinweisen, Beleuchtung, sowie Winterdienstmaßnahmen ist Sache des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer trägt für den eigenen Baustellenbereich die umfassende Verkehrssicherungspflicht. Der Auftragnehmer hat hierdurch entstehende Maßnahmen kostenlos zu ergreifen und bis zum Ende der Bauzeit auf seine Kosten vorzuhalten.
- 7.2 Der Auftragnehmer haftet für sämtliche aus der Verletzung dieser Verpflichtungen dem Bauherrn oder anderen Personen erwachsende Schäden und Kosten und verpflichtet sich, den Bauherrn und dessen Überwachungsorgane von allen gegen sie in diesem Zusammenhang erhobenen Ansprüchen im vollen Umfang freizustellen.
- 7.3 Den Auftragnehmer treffen keine über die in den §§ 3 und 4 Baustellenverordnung hinausgehenden Sicherheitspflichten.

8. Bautageberichte

Der Auftragnehmer hat der örtlichen Bauleitung des Auftraggebers auf Anforderung tägliche Bautageberichte zu übergeben. Die Bautageberichte müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und für die Abrechnungen der Vertragsleistungen von Bedeutung sein können, wie Bauablauf und alle besonderen und wesentlichen Vorgänge und Maßnahmen (bspw. Fortgang der Arbeiten, Anzahl und Qualifikation der eingesetzten Kräfte, Wetter usw.).

Eintragungen in den Bautageberichten haben zu Lasten des Auftraggebers keinerlei rechtliche Wirkung. Insbesondere werden dem Auftragnehmer obliegende Hinweis-, Aufklärungs- und Anzeigepflichten nicht durch Eintragungen in Bautagebüchern ersetzt.

Allgemeine Vertragsbedingungen – AVB (großer Werkvertrag)

(Stand: 10.03.2025)

9. Weisung der örtlichen Bauleitung

Die Bauleitung hat das Recht, nach eigenem Ermessen störendes und unzuverlässiges Personal aus dem Baustellenbereich zu verweisen. Dem Auftraggeber steht das Hausrecht zu. Der Auftragnehmer hat für sofortigen Ersatz zu sorgen.

10. Beschädigungen

Für Beschädigungen oder Verlust der vom Auftragnehmer auf die Baustelle verbrachten und / oder genutzten Materialien, Stoffe und Geräte durch Diebstahl, Lagerung, Witterungseinflüsse, Beschädigungen durch andere Unternehmer und sonstige Ereignisse haftet der Auftragnehmer bzw. er trägt dafür die Gefahr selbst. Die Haftung des Auftraggebers für grobe Fahrlässigkeit / Vorsatz bleibt unberührt.

11. Abrechnung

- 11.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, ordnungsgemäße, die umsatzsteuerlichen Belange erfüllende Rechnungen im Sinne der §§ 14ff. UStG und der geltenden (europäischen) Normen zu stellen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, bei elektronischer Rechnungsstellung gegenüber dem ADAC das hybride Datenformat ZUGFeRD (ab Version 2.0.1) zu verwenden. Dabei besteht in einer Datei zusammengefasst neben dem strukturierten Datensatz auch ein menschenlesbarer Datensatz, welcher als inhaltlich identisches Mehrstück des strukturierten Datensatzes ebenfalls sämtliche erforderlichen Rechnungsangaben i.S.d. §§ 14ff. UStG enthält.

Sämtliche Rechnungen sind per E-Mail unter Angabe der ADAC-Auftragsnummer und der Angabe des zuständigen Ansprechpartners oder der zuständigen Abteilung des AG und des betreffenden Projektes im PDF-Format zu senden an: **rechnungen.kreditoren@adac.de**. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, zusätzliche Rechnungsabschriften im vorgenannten Format jeweils an **julia.lotter@adac.de** und an **...@...de** zu senden. Jede Rechnung, die rechtlich zulässig bis zum 31.12.2026 nicht als elektronische Rechnung übermittelt wird, ist inklusive sämtlicher Anlagen als einheitliches PDF-Dokument in einer separaten E-Mail zu versenden. Selbiges gilt für die zu versendenden Rechnungsabschriften. Bei elektronischer Rechnungsstellung sind die gesetzlich vorgeschriebenen Formatvorgaben einzuhalten. Sollten die in Satz 1 dieses Absatzes geregelten Informationen aus technischen oder anderen Gründen nicht in der elektronischen Rechnung (oder der Rechnungsabschrift) enthalten sein, sind diese vom Auftragnehmer im Rahmen der begleitenden E-Mail an den Auftraggeber zu übermitteln.

- 11.2 Für alle Nachteile, die dem Auftraggeber dadurch entstehen, dass der Auftragnehmer keine ordnungsgemäße, die umsatzsteuerlichen Belange erfüllende Rechnung ausstellt, haftet der Auftragnehmer und hat dem Auftraggeber hierdurch entstehende Schäden (vor allem durch Versagen des Vorsteuerabzugs) zu ersetzen.

12. Zusammenarbeit in Bezug auf das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz

- 12.1 Die Parteien sind sich darüber einig, dass Geschäftsgrundlage für diesen Vertrag der angemessene Schutz von Menschenrechten sowie die Vermeidung von Umweltrisiken innerhalb der gemeinsamen Lieferkette ist. Grundlage der Zusammenarbeit ist insoweit insbesondere der Verhaltenskodex (**Anlage 7**).

- 12.2 Den Parteien ist bekannt, dass der Auftraggeber verpflichtet ist, den Verhaltenskodex regelmäßig anzupassen, insbesondere zur Vorbeugung und Minimierung der in der Risikoanalyse des Auftraggebers gemäß § 5 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz identifizierten menschenrechtsbezogenen oder umweltbezogenen Risiken sowie zur Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen. Die Anpassungen erfolgen soweit erforderlich und in den Einzelheiten im billigen Ermessen des Auftraggebers.

- 12.3 Der Auftraggeber ist aufgrund seiner gesetzlichen Verpflichtung berechtigt, die Einhaltung des Verhaltenskodexes anlassbezogen und risikobasiert zu prüfen. Der Auftragnehmer sichert zu, bei konkreten Hinweisen auf Verstöße gegen den Verhaltenskodex, z.B. durch Hinweise über das Hinweisgebersystem des Auftraggebers, an einer Prüfung mitzuwirken und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. Die Prüfung erfolgt im Regelfall unter Zuhilfenahme eines Fragebogens. Soweit die Sachverhaltsaufklärung es erforderlich macht, erklärt sich der Auftragnehmer damit einverstanden, dass der Auftraggeber Prüfungen an Betriebsstätten des Auftragnehmers zu den üblichen Geschäftszeiten durchführt bzw. durch beauftragte Personen durchführen lässt. Die Feststellung eines Verstoßes gegen den Verhaltenskodex wird der Auftraggeber dem Auftragnehmer schriftlich (E-Mail ist ausreichend) mitteilen und dem Auftragnehmer Gelegenheit geben, seine Geschäftspolitik mit den Vorgaben des Verhaltenskodexes in Einklang zu bringen. Ist eine Abhilfe nicht in absehbarer Zeit möglich, hat der Auftragnehmer dies unverzüglich anzuzeigen und gemeinsam mit dem Auftraggeber ein Konzept zur Beendigung oder Minimierung des Verstoßes zu erstellen. Das Recht des Auftraggebers zur außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt.

Allgemeine Vertragsbedingungen – AVB (großer Werkvertrag)

(Stand: 10.03.2025)

- 12.4 Werden bei dem Auftragnehmer Verstöße gegen die Vorgaben des Verhaltenskodexes festgestellt, die die Lieferkette des Auftraggebers betreffen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den zugrundeliegenden Sachverhalt unter Angabe sämtlicher nicht von vornherein unerheblicher Umstände unverzüglich dem Auftraggeber per E-Mail an bautechnik@adac.de zu berichten.
- 12.5 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber auf Anforderung sämtliche - in einem Fall gemäß 12.3 und 12.4 ggf. weitergehende - Informationen zu dem betreffenden Sachverhalt innerhalb einer angemessenen Frist, spätestens innerhalb von zwei Wochen, schriftlich (E-Mail ist ausreichend) zu erteilen.

13. Compliance

- 13.1 Der Auftragnehmer garantiert hiermit die Richtigkeit folgender Feststellungen zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und für die gesamte Dauer der Vertragslaufzeit (selbständiges Garantieversprechen):
- a) Der Auftragnehmer und seine Mitarbeiter, Mitgesellschafter, Hilfspersonen oder sonst wie für den Auftragnehmer (unmittelbar oder mittelbar) handelnde Dritte halten im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages alle für den Auftragnehmer oder in Verbindung mit diesem Vertrag für den Auftragnehmer geltenden Gesetze ein, einschließlich jedweder Anti-Korruptions-, Wettbewerbs- und Kartellgesetze. Im Übrigen gilt für den Auftragnehmer der Verhaltenskodex des ADAC e.V. („*Verhaltenskodex für Lieferanten und Geschäftspartner*“) für Lieferanten und Geschäftspartner gemäß **Anlage 8** des Werkvertrages sowie die in Ziffer 12 dieser Allgemeinen Vertragsbedingungen zur Zusammenarbeit in Bezug auf das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz vereinbarten Regelungen.
 - b) Weder der Auftragnehmer noch seine Mitarbeiter, Mitgesellschafter, Hilfspersonen oder sonst wie für den Auftragnehmer (unmittelbar oder mittelbar) handelnde Dritte waren oder sind Gegenstand behördlicher Ermittlungen oder gerichtlicher Verfahren wegen der Verletzung strafrechtlicher oder kartellrechtlicher Vorschriften, die der ordnungsgemäßen Durchführung dieses Vertrages entgegenstehen können.
 - c) Weder der Auftragnehmer noch seine Mitarbeiter, Mitgesellschafter, Hilfspersonen oder sonst wie für den Auftragnehmer (unmittelbar oder mittelbar) handelnde Dritte bieten oder nehmen im Zusammenhang mit diesem Vertrag Vorteile an, wenn dieses Verhalten als unzulässige Einflussnahme auf eine Person, Körperschaft oder Organisation gewertet werden könnte.
- 13.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber unverzüglich zu informieren, wenn während der Laufzeit des Vertrages die in dieser Ziffer 13 festgelegten Angaben aufgrund einer Änderung der tatsächlichen Umstände unrichtig oder unvollständig geworden sind.

14. Abgaben

- 14.1 Jede Vertragspartei ist für ihre sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Steuern und steuerlichen Verpflichtungen aller Art selbst verantwortlich.
- 14.2 Alle im Vertrag genannten Vergütungen sind Netto-Beträge, d.h. jeweils zzgl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer.
- 14.3 Der Auftraggeber ist kein Bauleistender im Sinne des § 13b Abs. 5 Satz 2 UStG, so dass § 13b Abs. 2 Nr. 4 UStG nicht zur Anwendung kommt.
- 14.4 Der Auftragnehmer muss seine Rechnungen formal, inhaltlich und rechtlich ordnungsgemäß erstellen, um eine korrekte Erstattung der Mehrwertsteuer zu gewährleisten. Rechnungen, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, werden zurückgewiesen und werden nicht bezahlt. Verzug tritt dadurch nicht ein.
- 14.5 Wenn aufgrund behördlicher Maßnahmen die Mehrwertsteuerzahllast einer Vertragspartei erhöht oder die Vorsteuer einer Vertragspartei gemindert wird, sind beide Parteien verpflichtet, die betroffene Rechnung entsprechend zu korrigieren.
- 14.6 Legt der Auftragnehmer dem Auftraggeber keine Freistellungsbescheinigung i. S. d. § 48b EStG vor, so ist der Auftraggeber als Leistungsempfänger verpflichtet und gegenüber dem Auftragnehmer dazu berechtigt, von der Gegenleistung einen Steuerabzug in Höhe von 15 Prozent vorzunehmen und, mit Erfüllungswirkung für den Werklohnanspruch des Auftragnehmers, an die Finanzbehörden abzuführen.
- 14.7 Der Auftragnehmer ist verantwortlich für alle weiteren ihm durch Gesetz auferlegten Verpflichtungen. Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber gegenüber für alle Forderungen oder Nachteile, die dieser wegen der Verletzung dieser Pflichten durch den Auftragnehmer erleidet.
- 14.8 Der Auftragnehmer haftet für alle Gebühren und Steuern jeder Art, einschließlich der Steuern und Abgaben auf Löhne, Gehälter und andere Vergütungen seiner Mitarbeiter und Mitarbeiter Dritter, die ihm bei der Ausführung des Auftrages anfallen.

Allgemeine Vertragsbedingungen – AVB (großer Werkvertrag)

(Stand: 10.03.2025)

15. Firmenwerbung, Veröffentlichungen

- 15.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Veröffentlichungen jeder Form nur mit Zustimmung des Auftraggebers vorzunehmen.
- 15.2 Das eigenmächtige Aufhängen oder Aufstellen von Firmenschildern wird grundsätzlich untersagt. Der Auftragnehmer beteiligt sich an den Kosten eines zentralen Bauschildes nach billigem Ermessen des Auftraggebers, § 315 BGB.

16. Markenschutz; Referenznennung; Werbung

- 16.1 Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club e.V. (ADAC) ist Inhaber mehrerer Kennzeichen (mit/ohne ADAC Bestandteil), insbesondere der deutschen Wortmarke „ADAC“ (DE39826729) und der deutschen Wort-/Bildmarken „ADAC-Logo“ (DE302011043700 und DE2009578). Die Bezeichnung „ADAC“ genießt den erhöhten Schutz einer bekannten Marke. Zudem kommt der Bezeichnung „ADAC“ als Vereinsname Schutz zu.
- 16.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Rechte des Allgemeinen Deutschen Automobil-Club e.V. (ADAC) an dessen Kennzeichen in keiner Weise zu beeinträchtigen, insbesondere keine Kennzeichen, die ADAC als Bestandteil aufweisen, oder mit den Kennzeichen des Auftraggebers verwechselbare Kennzeichen als Marken oder in Form eines anderen Kennzeichens, Titel, insbesondere als Domain-Name, Titel etc., für sich anzumelden bzw. anmelden zu lassen.
- 16.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, keine verkaufsfördernden Maßnahmen unter Bezugnahme auf ein Unternehmen der ADAC-Gruppe (Unternehmen der „ADAC-Gruppe“ sind der Auftraggeber, die ADAC SE und die ADAC Stiftung und die mit diesen Unternehmen derzeit und/oder zukünftig unmittelbar und/oder mittelbar verbundenen Unternehmen) und/oder unter Verwendung von Kennzeichen des ADAC in jeglicher Art und Weise, insbesondere im digitalen Bereich (z.B. Einbindung in den Quelltext einer Internetseite, Suchmaschinenoptimierung, digitale Werbeprogramme), zu unternehmen.
- 16.4 Die Bezugnahme auf ein Unternehmen der ADAC-Gruppe im Rahmen einer Referenznennung ist grundsätzlich nicht zulässig. Sie wird nur nach Beendigung des Vertrages in Ausnahmefällen vom Auftraggeber bzw. dem Allgemeinen Deutschen Automobil-Club e.V. (ADAC) (E-Mail-Kontakt: marke@adac.de) freigegeben.
- 16.5 Die Verpflichtungen gelten nach Beendigung dieses Vertrages fort.

17. Erklärungen / Garantie des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer garantiert hiermit, dass er seinen Pflichten zur Zahlung der Steuern, der Sozialversicherungsabgaben, insbesondere Beiträge zur Arbeitslosen- und Unfallversicherung, Beitragspflichten zu Kammern (IHK, Handwerkskammer, berufsständische Einrichtungen) sowie seinen Verpflichtungen aus dem Mindestlohngesetz, dem AEntG, dem AÜG, den Tarifordnungen, der Betriebsordnung ordnungsgemäß nachkommt und nachkommen wird. Er ist sich bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe der vorstehenden Erklärung auch seinen Ausschluss von weiteren Lieferungen und Leistungen wegen Unzuverlässigkeit zur Folge haben kann.

Der Auftragnehmer versichert, dass er und ggf. von ihm beauftragte Nachunternehmer zur Durchführung der vertraglichen Leistungen ausschließlich Arbeitnehmer aus Ländern der Europäischen Union oder nur solche nicht deutsche Arbeitnehmer aus Drittländern einsetzen wird, die im Besitz einer gültigen Arbeitserlaubnis sind.

Für jeden Fall der Zuwiderhandlung verpflichtet sich der Auftragnehmer eine nach billigem Ermessen zu bestimmende Vertragsstrafe zu zahlen, die im Streitfalle vom zuständigen Gericht zu überprüfen ist. Die Vertragsstrafe beträgt jedoch höchstens 5 % der Netto-Schlussrechnungssumme (exklusive Umsatzsteuer).

Die Geltendmachung eines darüberhinausgehenden Schadenersatzanspruchs des Auftraggebers bleibt vorbehalten. Die Vertragsstrafe wird bei Interessenidentität der Ansprüche auf einen Schadenersatzanspruch angerechnet, so dass eine Kumulation von Vertragsstrafe und Schadenersatz nicht stattfindet.

Bei Verstößen des Auftragnehmers gegen die vorstehenden Vorschriften, die zu Schäden beim Auftraggeber führen können (etwa in Gestalt von Befassungsaufwand, Rechtsbeistand und Rechtsmittel, Rückgriffsansprüchen, Bürgenhaftung etc.), stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber von jedweder Inanspruchnahme und von jedweden Schäden, die dem Auftraggeber in diesem Zusammenhang entstehen, frei. Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer in diesen Fällen, auch so weit ein Schaden erst droht (etwa bei entsprechenden Anhörungsbescheiden oder Auskunftsverlangen der Behörden), die unverzügliche Abgabe einer schriftlichen Freistellungserklärung verlangen.

Allgemeine Vertragsbedingungen – AVB (großer Werkvertrag)

(Stand: 10.03.2025)

Der Auftragnehmer erklärt, dass er von den gesamten Allgemeinen Vertragsbedingungen Kenntnis genommen hat und dass er sie in allen Teilen anerkennt.

Der Auftragnehmer erklärt weiterhin, dass er mit anderen Unternehmen keine Absprache bezüglich des Kostenangebotes getroffen hat.

18. Nachunternehmer und Arbeitskräfte; Garantie, Haftungsfreistellung, Vertragsstrafe und außerordentliche Kündigung bei Verstoß gegen das MiLoG und andere Vorschriften

- 18.1 An Dritte (u.a. Nachunternehmer) darf der Auftragnehmer Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Einwilligung des Auftraggebers und einer detaillierten Prüfung der Zuverlässigkeit des Nachunternehmers sowie des jeweiligen Angebots auf dessen wirtschaftliche Plausibilität und Durchführbarkeit übertragen. In diesem Fall hat der Auftragnehmer dem jeweiligen Nachunternehmer vertraglich schriftlich mindestens dieselben Verpflichtungen aufzuerlegen, soweit der Auftragsumfang des Nachunternehmers reicht, wie sie sich für den Auftragnehmer aus diesen Allgemeinen Vertragsbedingungen selbst ergeben. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Vereinbarungen in Bezug auf das Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) und das Mindestlohngesetz (MiLoG).

Der Auftragnehmer ist weiter verpflichtet, keine Leiharbeiter im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) und/oder keine Mitarbeiter einzusetzen, die nicht im Besitz einer gültigen Arbeitserlaubnis und/oder eines gültigen Sozialversicherungsausweises sind. Der Auftragnehmer gestattet dem Auftraggeber oder einem von diesem Bevollmächtigten, entsprechende Kontrollen durchzuführen und ist umfassend zur Auskunft verpflichtet. Die bezeichneten Unterlagen sind auf Anfrage dem Auftraggeber vorzulegen.

Bei jeder Weitergabe von Leistungen an Nachunternehmen sind die beauftragten Unternehmen/Personen namentlich (insbesondere Firma, Geschäftsführung, Anschrift, ggfls. USt-ID-Nr. und HR-Nummer) zu benennen. Bei einer Weitergabe an einen ausländischen Nachunternehmer hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber auch die Anzahl und die Tätigkeitsdauer der zum Einsatz kommenden ausländischen Arbeitnehmer mitzuteilen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass auch die von ihm beauftragten Nachunternehmer keine Leiharbeiter im Sinne des AÜG und/oder keine Mitarbeiter einsetzen, die nicht im Besitz einer gültigen Arbeitserlaubnis und/oder eines gültigen Sozialversicherungsausweises sind.

- 18.2 Der Auftragnehmer garantiert dem Auftraggeber in Form einer selbständigen und verschuldensunabhängigen Garantie eigener Art (gemäß § 311 BGB), dass er den Anforderungen und Pflichten des MiLoG, des Steuer- und Sozialversicherungsrechts sowie der Arbeitnehmerüberlassung und der Arbeitnehmerentsendung vollumfänglich entspricht und nachkommt.

Dabei garantiert der Auftragnehmer insbesondere, dass er seinen Pflichten zur Zahlung des Mindestlohns gemäß MiLoG und des Mindestentgelts wie auch der Schaffung und Durchsetzung angemessener Mindestarbeitsbedingungen i.S.d. AEntG stets vollumfänglich nachkommt.

Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass die vorgenannten Pflichten auch von Dritten (bspw. Nachunternehmern oder Verleihern) eingehalten werden.

- 18.3 Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von jeglicher Inanspruchnahme, insbesondere durch Behörden und Einzugsstellen frei, die auf einem Verstoß des Auftragnehmers gegen seine aus vorstehenden Ziffern 18.1 und 18.2 resultierenden Pflichten beruhen.

Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber insbesondere von sämtlichen etwaigen Ansprüchen aus einer etwa im MiLoG und dem AEntG und im Recht der gesetzlichen Unfallversicherung geregelten Bürgenhaftung frei. Beauftragt der Auftragnehmer Nachunternehmer oder weitere Dritte, so stellt er den Auftraggeber ebenfalls von sämtlichen Ansprüchen frei, die gegenüber dem Auftraggeber wegen Verstoßes dieser Dritten gegen die Bestimmungen des AEntG und/ oder des MiLoG geltend gemacht werden. Der Auftragnehmer übernimmt insoweit im Innenverhältnis zum Auftraggeber die Verpflichtungen, welche Auftraggeber und Auftragnehmer als Mitbürgen treffen, allein und in vollem Umfang.

- 18.4 Die Parteien vereinbaren für jeden Fall der schuldhaften Verletzung der für den Auftragnehmer in vorstehender Ziffer 18.2 geregelten Pflichten die Zahlung einer vom Auftraggeber nach billigem Ermessen, maximal jedoch 5 % der vorläufigen Netto-Auftragssumme, zu bestimmenden Vertragsstrafe, die im Streitfall vom zuständigen Landgericht zu überprüfen ist. Fällt die Netto-Schlussrechnungssumme (exklusive Umsatzsteuer) niedriger aus, ist in jedem Fall diese maßgeblich. Fällt die Netto-Schlussrechnungssumme (exklusive Umsatzsteuer) niedriger aus, ist in jedem Fall diese maßgeblich. Weitergehende Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben davon unberührt. Die Vertragsstrafe ist jedoch auf solche Schadensersatzansprüche anzurechnen.

Allgemeine Vertragsbedingungen – AVB (großer Werkvertrag)

(Stand: 10.03.2025)

- 18.5 Sollte der Auftragnehmer gegen eine oder mehrere der Verpflichtungen gemäß den vorstehenden Ziffern 18.2, 18.3 und/oder 18.4 verstoßen ist der Auftraggeber vorbehaltlich weiterer etwaiger Rechte befugt, ihm eine angemessene Nachfrist zur Erfüllung der betreffenden Verpflichtungen zu setzen. Sollte diese angemessene Nachfrist fruchtlos verstreichen, ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen und Schadensersatz zu verlangen.
- 18.6 Die Einhaltung der dem Auftragnehmer gemäß dem Mindestlohngesetz (MiLoG) obliegenden Verpflichtungen, insbesondere die ordnungsgemäße Zahlung des Mindestlohns gemäß § 20 in Verbindung mit §§ 1, 2 MiLoG und die dem Arbeitgeber obliegenden Dokumentations- und Meldepflichten, sind dem Auftraggeber auf Verlangen unverzüglich und umfassend nachzuweisen.

Soweit möglich und erhältlich, hat der Auftragnehmer in diesem Zusammenhang nach Wahl und auf Verlangen des Auftraggebers geeignete Dokumente wie bspw. eine steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der jeweils zuständigen Gewerbebehörde oder Erklärungen der Sozialkassen vorzulegen.

Die vorstehenden, umfassenden Informations- und Vorlagepflichten bestehen über die gesamte Vertragsdauer und können vom Auftraggeber demgemäß im eigenen angemessenen Ermessen wiederholt in regelmäßigen Abständen eingefordert werden.

Sobald der Auftragnehmer oder – soweit ihm bekannt – ein Nachunternehmer oder beauftragter Verleiher des Auftragnehmers seine aus dem MiLoG resultierenden Pflichten verletzt bzw. Ansprüche von Arbeitnehmern oder Einzugsstellen in diesem Zusammenhang geltend gemacht werden, ist der Auftraggeber hiervon unverzüglich schriftlich oder als E-Mail in Textform mit elektronischer Signatur (einfache elektronische Signatur ist ausreichend) zu informieren. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die Zahlung des Mindestlohns gemäß §§ 20, 1, 2 MiLoG und die dem Arbeitgeber obliegenden Dokumentations- und Meldepflichten. Selbiges gilt für den Fall, dass der Auftragnehmer oder ein Nachunternehmer im Zusammenhang mit der Verletzung der ihm gemäß dem MiLoG, dem Steuer- und Sozialversicherungsrecht obliegenden Pflichten von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen worden ist oder wird, ein Bußgeld wegen einer Ordnungswidrigkeit i.S.v. § 21 MiLoG oder vergleichbarer Vorschriften des Steuer- und Sozialversicherungsrechts verhängt worden ist oder wird oder aber eine Verletzung vorliegt, welche als Straftat geahndet wird.